

4. Oktober 2011

Working Session 13

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in der Schlussrede der vorherigen Sitzung von unserem Kommissar dargestellt, ist doch unser Ziel verschiedene Probleme anzusprechen und Konfliktherde zu vermeiden bzw. Hilfestellung bei der Lösung zu geben.

Ich möchte mit meinem Redebeitrag auf zwei Dinge aufmerksam machen. Zum Ersten sprechen wir ja über die steigende Islamphobie in der westlichen Welt. In meiner Vorbereitung habe ich in der Liste der NGOs eine Gruppierung gesehen die mir im Zusammenhang öffentliche Anprangerung und Ablehnung des Islams bekannt ist. Ich möchte nicht näher darauf eingehen und dieser gesellschaftsspaltenden Meinung noch eine Werbepattform bieten. Es handelt sich um die Bürgerbewegung Pax Europa e.V. (<http://www.buergerbewegung-pax-europa.de>)

Selbstverständlich ist es wichtig jeder Art von Meinung eine Redeplattform zu geben. Meinungsfreiheit ist das wichtigste Gut in einer freien liberalen Gesellschaft. Dennoch stelle ich mir die Frage, ob man solchen Meinungen eine Plattform geben muss. Der weitere Punkt baut darauf auf.

Unser Bundespräsident Christian Wulff hat bei seiner Rede zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 03.Oktober 2010 bereits die Realität in Deutschland angesprochen. Ich zitiere „Wie Christentum und Judentum gehört der Islam, inzwischen auch zu Deutschland“. Hierauf entbrannte eine heftige Debatte. Sie können sich vorstellen, wie diese Debatte bei den Millionen von friedlich lebenden und sich in die deutsche Gesellschaft integrierten Muslimen ankam.

Meine Damen und Herren, das Prinzip der Trennung von Staat und Religion ist essenziell für einen gut funktionierenden Staat. Die Trennung von Staat und Religion steht in einer freien liberalen Gesellschaft allerdings nicht in Konkurrenz zur Religionsfreiheit. Das sollte man zunächst verinnerlichen.

Bei dieser Betrachtungsweise sehe ich einen wichtigen Punkt. Debatten, ob der Islam zu einer Gesellschaft gehört oder nicht, bringt keinem der Beteiligten etwas. Diese Debatten werden vor allem dadurch genährt, da man nicht mit Normen dagegen argumentieren kann. Nicht die objektive, sondern die subjektive Wahrnehmung der Einzelnen steht dann leider im Vordergrund.

Dem muss in Zukunft ein Riegel vorgeschoben werden, damit erst keine Furchen in der Gesellschaft entstehen können. Eine Möglichkeit sehe ich persönlich nur darin, dass der Islam in der Bundesrepublik, genau wie die anderen Weltreligionen auch, eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft wird. Mit diesem Signal erhoffe ich mir eine stärkere Debatte über staatsbürgerliche Pflichten, als der von unterschieden in der Art der Religionsausübung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Fatih Ekinci *M.A.*

Vorsitzender des Migrationsbeirates der Stadt Mannheim